

Stand: 06.07.2025 10:18:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/28908

"Bäuerliche Landwirtschaft in Gefahr - Zukunft der bayerischen Landwirtschaft sichern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/28908 vom 10.05.2023
2. Beschluss des Plenums 18/28988 vom 11.05.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 145 vom 11.05.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Alexander Hold, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Martin Schöffel, Volker Bauer, Alfons Brandl, Gerhard Eck, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Petra Högl, Dr. Petra Loibl, Hans Ritt, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Martin Wagle und Fraktion (CSU)

Bäuerliche Landwirtschaft in Gefahr – Zukunft der bayerischen Landwirtschaft sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene weiterhin für den Erhalt der bayerischen Land- und Forstwirtschaft einzusetzen.

Dies gilt insbesondere für

- den Erhalt der Sommerweide- und Kombihaltung,
- den realistischen Umgang mit Prädatoren und wieder eingewanderten Wildtieren,
- die Planungssicherheit beim Stallbau durch verlässliche Rahmenbedingungen (Bau- und Emissionsrecht, Tierwohlvorgaben),
- die weitere Aussetzung der verpflichtenden Stilllegung von Ackerflächen,
- den Erhalt und weiteren Ausbau der Biomassenutzung zur Energieproduktion,
- die Verbesserung der Marktstellung der Landwirtschaft gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel,
- den Erhalt der Produktivität der Land- und Forstwirtschaft durch ideologiefreie Politik.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich weiterhin für eine praxisgerechte Anwendung der Düngeverordnung einzusetzen.

Begründung:

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, die Tierhaltung in Deutschland „umzubauen“ und u. a. die Anbindehaltung bis 2030 in Deutschland abzuschaffen. Jedoch hat sie bis jetzt nicht weiter definiert, ob es sich dabei lediglich um die ganzjährige Anbindehaltung handeln soll oder um jegliche Formen der kombinierten Haltung. Etwa die Hälfte der bayerischen Milchviehbetriebe betreibt noch unterschiedliche Formen der Anbindehaltung, das betrifft ca. ein Viertel aller bayerischen Kühe. Die

Vorteile einer Kombinationshaltung sind vielfältig, angefangen von der Bedeutung des Weidegangs für das Tierwohl der Rinder, über die Artenvielfalt von Pflanzen und Insekten, CO₂-Speichernutzen von Weiden und Mähweiden bis hin zur engen Beziehung zwischen dem Landwirt zu seinen Tieren.

Bayern ist mit seinen Verordnungen zu Wolf und Fischotter einen mutigen Schritt gegangen, jedoch ist das vor allem eine Notlösung, da die Bundesregierung nicht bereit ist, die notwendigen Schritte einzuleiten um langfristig ein Zusammenleben zwischen Prädatoren und Landbevölkerung und -nutzern zu ermöglichen.

Die fehlende Planungssicherheit und die Investitionszurückhaltung der Landwirte beim Stallbau ist auf die Untätigkeit der Bundesregierung zurückzuführen. Die Bundesregierung verfolgt nicht nur keine klare und einheitliche Strategie in Bezug auf die Agrarpolitik, sondern hat auch wiederholt Maßnahmen ergriffen, die die Bauern benachteiligt und ihnen die Möglichkeit nimmt, vernünftige Investitionsentscheidungen zu treffen.

Die Landwirtschaft steht unter ständigem Preisdruck, gerade in der Milchwirtschaft deutet vieles auf eine erneute Milchkrise hin. Die Milchpreise sinken bei steigenden Erzeuger- und Betriebsmittelkosten. Hier muss der Bund die bestehenden Möglichkeiten der gemeinsamen Marktordnung der EU frühzeitig nutzen, um die Landwirtschaft zu unterstützen.

Letztendlich wird die Produktivität der Land- und Forstwirtschaft von einer Vielzahl von Vorschriften aus Berlin und Brüssel eingeschränkt. Diese Bereiche dürfen nicht zum Spielball von ideologiegetriebenen Naturschützern werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Alexander Hold, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Martin Schöffel, Volker Bauer, Alfons Brandl, Gerhard Eck, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Petra Högl, Dr. Petra Loibl, Hans Ritt, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Martin Wagle und Fraktion (CSU)

Drs. 18/28908

Bäuerliche Landwirtschaft in Gefahr – Zukunft der bayerischen Landwirtschaft sichern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene weiterhin für den Erhalt der bayerischen Land- und Forstwirtschaft einzusetzen.

Dies gilt insbesondere für

- den Erhalt der Sommerweide- und Kombihaltung,
- den realistischen Umgang mit Prädatoren und wieder eingewanderten Wildtieren,
- die Planungssicherheit beim Stallbau durch verlässliche Rahmenbedingungen (Bau- und Emissionsrecht, Tierwohlvorgaben),
- die weitere Aussetzung der verpflichtenden Stilllegung von Ackerflächen,
- den Erhalt und weiteren Ausbau der Biomassenutzung zur Energieproduktion,
- die Verbesserung der Marktstellung der Landwirtschaft gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel,
- den Erhalt der Produktivität der Land- und Forstwirtschaft durch ideologiefreie Politik.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich weiterhin für eine praxisgerechte Anwendung der Düngeverordnung einzusetzen.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Gisela Sengl

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Ralf Stadler

Abg. Annette Karl

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Christoph Skutella

Abg. Martin Schöffel

Staatsministerin Michaela Kaniber

Abg. Markus Plenk

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zur weiteren gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Bäuerliche Landwirtschaft in Gefahr - Zukunft der bayerischen Landwirtschaft sichern (Drs. 18/28908)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit einer starken bäuerlichen Landwirtschaft in eine gute Zukunft (Drs. 18/28979)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Nikolaus Kraus von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben wahrlich einen Dringlichkeitsantrag, der diesen Namen auch verdient. Ihr habt ihn alle gelesen. Der Titel lautet "Bäuerliche Landwirtschaft in Gefahr – Zukunft der bayerischen Landwirtschaft sichern". Ziel ist auch, den Strukturwandel, der leider schon sehr weit fortgeschritten ist, zu verlangsamen. Der Antrag hat sieben Spiegelstriche und dazu einen achten Punkt; ich darf das ganz kurz durchgehen:

Zum Erhalt der Sommerweide- und Kombihaltung: Leider haben wir auch in diesem Haushalt die Anbindehaltung ohne jeglichen Bedarf zum Thema in der Politik gemacht und damit sehr viel Unmut draußen in die Höfe gebracht, weil kein Bedarf dafür gewesen wäre, uns vonseiten der Politik in diese Anbindehaltung einzumischen, die vielleicht in Zukunft nicht mehr zeitgemäß ist, aber beileibe in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten zum Teil sehr gut funktioniert hat, was auch das Tierwohl und die

Tiergesundheit gezeigt haben. Das hätte der Markt selbst regeln können. Da braucht man noch großzügigere Übergangslösungen für die betroffenen Betriebe.

Der realistische Umgang mit Prädatoren, wieder eingewanderten Wildtieren und – ich benutze auch den Begriff – Raubtieren hat momentan absolute Priorität. Ich kann nur allen Kollegen empfehlen: Fahrt in die Landkreise Traunstein und Berchtesgaden, redet mit den Leuten vor Ort, geht auf die Almen und Alpen im Allgäu und redet mit den Hirten, mit den Sennern und Sennerinnen, mit den Berg- und Almbauern.

Momentan haben wir einen leichten ersten Schritt zur Lösung bei Wolf und Fischotter gefunden; den Bären hat man leider noch nicht auf dem Schirm gehabt oder haben wollen. Er bereitet mittlerweile ein Problem, weshalb die Leute wirklich pure Angst haben. Redet auch mit den Sennerinnen! Ich bin überhaupt gespannt, wie viele davon überhaupt noch hinauffahren und sich dieser Arbeit annehmen, weil da wirklich pure Angst herrscht, die auch gerechtfertigt ist. Für diese Leute müssen wir Lösungen finden, und da ist die Politik auch gefordert.

Planungssicherheit ist das große Schlagwort bei der jungen Generation und der nächsten Generation der Landwirte. Einige trauen sich wirklich nicht mehr, diesen tollen Beruf zu erlernen, weil man wirklich keinerlei Planungssicherheit hat und weil die Politik mit den Betroffenen Tischtennis und Pingpong spielt.

Vor einem Jahr hat man fast noch Hoffnung gehabt, dass man diese unsägliche Verpflichtung zur Stilllegung zur Stilllegung von Ackerflächen wegbringt. Jetzt können wir natürlich die Diskussion über Artenschutz, Artenvielfalt usw. anfangen. Fakt ist: Wir müssen bei unserer Lage, unserem mitteleuropäischen Klima und unseren Böden eigentlich froh sein und sollten jeden möglichen Quadratmeter bei uns für Lebensmittel-erzeugung nutzen. Wir erlauben uns diesen Luxus, beste Flächen aus der Produktion zu nehmen, obwohl weltweit Lebensmittel benötigt werden.

Biomasse ist natürlich auch ein Thema der grünen Politik, der Bundes- und Ampel-Politik. Da geht es beileibe nicht nur um Holz; es geht auch um nachwachsende Energie-

wälder, die in der Landwirtschaft zum Teil sehr gut angebaut worden sind, oder Schilfarten und alle möglichen Energiequellen. Die Landwirtschaft hat so alt, wie sie ist, immer auf einem Teil der Fläche Energie produziert; heute wird es ja zum Teil sehr verteuert wie bei Mais und Biogas. Ich darf aber daran erinnern: Auch vor Hunderten von Jahren ist Hafer und Tierfutter für die Rösser angebaut worden; das ist natürlich eine andere Energieform.

Ich darf Herrn Dr. Leopold Herz, den Ausschussvorsitzenden, für die Verbesserung der Marktstellung der Landwirtschaft loben; er hat 15 Jahre lang für die Marktstellung und gegen das Kartellrecht gekämpft. Man sieht, wie der Lebensmittelmarkt weltweit und auch in Deutschland und Bayern von einigen wenigen Akteuren beherrscht wird; dagegen anzukämpfen, ist beileibe sehr schwer.

Den Begriff "ideologiefrei" haben wir im Landwirtschaftsausschuss natürlich öfter; es wäre schön, wenn wir wieder zur sachlichen Landwirtschaftspolitik zurückkämen.

Der letzte Punkt, der kein Spiegelstrich war, befasst sich mit der Düngeverordnung. Wir brauchen eine praxisgerechte Lösung und Methoden, die anwendbar sind. Mir tut es schon irgendwie ein bisschen leid, weil bei allen Förderprogrammen, die wir hier schon beschlossen haben, was mich natürlich freut, der große Durchlaufposten für Mechanisierung, Industrie, Bauwerke und alles Mögliche war. Davon ist bei den betroffenen Landwirten und Bauern leider fast nichts angekommen. Man muss ehrlicherweise sagen, dass in der letzten Zeit die Marktpreise gar nicht so schlecht waren; die Leute, die sich in der Branche auskennen, sagen aber, dass die Preise mittlerweile wieder im freien Fall sind, besonders auch der Milchpreis.

Deswegen noch einmal zur Düngeverordnung: Dort, wo es möglich ist, müssen wir auch die Breitverteilung nach wie vor im Auge haben. – Ich bitte natürlich um Zustimmung zu unserem Antrag und äußere noch ein paar Gedanken zum Nachzieher der GRÜNEN:

Es sind eigentlich dieselben Punkte, nur ein bisschen anders formuliert. Was mich daran aber wirklich erheitert hat: Momentan sei die größte Bedrohung für die Forstwirtschaft der Klimawandel und für die Weidehaltung auch der Klimawandel. – Ja, das ist er vielleicht, aber nur mittel- oder vielleicht auch nur langfristig. Momentan ist die größte Bedrohung für die Landwirtschaft, die Alm- und Weidewirtschaft die Politik, und da wiederum die bundesdeutsche Politik und Ampel-Politik. Das ist das drängendste Problem, das die Landwirtschaft hat, zum Teil auch noch durch Brüssel unterstützt.

Wenn man nicht schnell eine Lösung bei den Prädatoren und Wildtieren findet, dann sollten die Leute, die immer so tierfreundlich sind, hinfahren, Zäune aufbauen und die Leute vor Ort unterstützen. Ich darf an eine Zahl erinnern – ich glaube, sie stammt vom Technischen Hilfswerk –: Sie haben einmal bei der Afrikanischen Schweinepest Zäune aufgebaut, und für einen Kilometer haben zwölf Leute fünf Stunden gebraucht. Das kann man gerne einmal für die Leute, die wirklich meinen, wir könnten alles einzäunen und ganz Bayern einzäunen, was natürlich schön, aber nicht praxistauglich ist, hochrechnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Gisela Sengl für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Michaela, schön, dass du bei dem wichtigen Thema da bist.

Ja, die bäuerliche Landwirtschaft in Gefahr – das würde ich auf alle Fälle sagen. Aber daran sind ganz sicher nicht wir GRÜNE schuld,

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Doch, doch!)

sondern da ist die jahrzehntelange verfehlte Agrarpolitik, insbesondere die CDU-Bundespolitik schuld.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Künst! Künst!)

Teilweise war auch mal eine CSUlerin dabei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Landwirtschaft denkt man ja in viel größeren Zusammenhängen, vor allen Dingen in viel größeren Zeitzusammenhängen. Deshalb haben wir GRÜNE damit sicher gar nichts zu tun.

(Lachen bei der CSU – Alexander König (CSU): Die Unschuld in grün!)

Deshalb haben wir unseren Antrag auch genannt: "Mit einer starken bäuerlichen Landwirtschaft in eine gute Zukunft".

Ich hätte dem FREIE-WÄHLER-Antrag ja schon fast zugestimmt, weil ich von der – kann ich fast sagen – seichten Formulierung überrascht war. Wo ist denn der Nick? Ich sehe ihn jetzt gar nicht. – Ah, da. Aber natürlich: Der Erhalt der Produktivität, indem man die Stilllegung aufgibt – das ist mit uns GRÜNEN natürlich nicht zu machen. Apropos Ernährungssicherheit, das wisst ihr ja auch alle: Solange man 30 % Lebensmittel wegschmeißt, brauchen wir, glaube ich, nicht über 4 % Stilllegungsflächen zu reden, die für die Artenvielfalt sehr wichtig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich würde mir sehr eine ideologiefreie Politik wünschen.

(Lachen bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD – Martin Schöffel (CSU): Wir uns auch!)

Ich würde mir insgesamt auch wünschen – – Anscheinend trifft es irgendwie, sonst wäre das Gelächter nicht so groß.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU))

Bei den wichtigen Themen Landwirtschaft, Ernährung und Forstwirtschaft würde ich mir wirklich dringend eine ideologiefreie Politik wünschen und

(Lachen bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD – Petra Guttenberger (CSU): Fangt mal an!)

vor allem eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Bundesebene und mit der EU-Ebene. Was man von euch hört, ist immer das Gleiche: Draufhauen, draufhauen, draufhauen! Ihr habt keinen einzigen eigenen Vorschlag für Lösungen. Ihr habt keinen einzigen wirklichen Vorschlag für eine Zukunftsorientierung der Landwirtschaft. Es ist extrem schwach. Und dass ihr das jetzt im Wahlkampf so benutzt, dass ihr so ein wichtiges Thema so für einen miesen Wahlkampf benutzt, das tut mir wirklich weh.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Oje!)

Jetzt möchte ich mal ein paar Punkte klarstellen. Das eine ist die Weidewirtschaft. Natürlich ist uns die Weidewirtschaft unglaublich wichtig. Sie ist ein großer Beitrag für die Tiergesundheit, aber auch für den Klimaschutz. Diese Weidewirtschaft müssen wir erhalten. Dafür gehört sie halt einfach auch viel besser gefördert. Wir sind nämlich für eine gesunde Tierhaltung, und ich finde, diese Märchen, die ihr immer über GRÜNE erzählt, sind teilweise wirklich Fake News. Ich finde es eine Unverschämtheit, was da gemacht wird. Wir sind für die Tierhaltung. Wir sind für eine flächengebundene Tierhaltung. Wir sind für die Almbewirtschaftung, und wir sind für den Erhalt unserer Kulturlandschaft.

(Lachen bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Natürlich! Ich finde es eine Frechheit, was ihr macht, was ihr uns immer unterstellt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Schöffel (CSU): Ihr seid für die Almbewirtschaftung und den Wolf! Das passt doch nicht zusammen!)

Das Gleiche gilt für die Regelung in der Milchkrise. Leo, da muss ich zu dir schon sagen: Ich finde das eigentlich krass. Ich mache zusammen mit dem BDM den Milchgipfel. Da haben wir genau diese Themen behandelt. Wir GRÜNE machen das. Von euch ist da gar nichts zum Gegensteuern gekommen. Der Milchpreis ist im Absturz, da müssen wir irgendwas machen. Was hört man da von euch? – Gar nichts!

Ich bin da sowohl von den FREIEN WÄHLERN als natürlich auch von der CSU enttäuscht; aber da erwarte ich auch nichts anderes. Aber von euch hätte ich da wesentlich mehr erwartet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt noch ganz kurz zu zwei Sachen. Wir sind gegen die ganzjährige Anbindehaltung, wir sind aber für den Erhalt der saisonalen Anbindehaltung. Das sei hier mal ganz deutlich gesagt, weil: Die Almbewirtschaftung in Bayern wird sich nur so erhalten lassen. Natürlich sind wir da dafür. Aber die ganzjährige Anbindehaltung – ich glaube, da sind wir uns inzwischen auch alle einig – muss aufhören.

Genauso sind wir dafür, dass Holz weiter eine erneuerbare Energiequelle bleibt. Das brauchen wir. Jeder Bauer – –

(Zurufe von der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD – Andreas Winhart (AfD): Hört, hört!)

– Das haben wir schon ganz lang veröffentlicht.

(Tobias Reiß (CSU): Ach geh! Wo denn? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

So geht übrigens konstruktive Zusammenarbeit.

(Tobias Reiß (CSU): Mit wem?)

Das ist ein Gesetzentwurf. Konstruktive Zusammenarbeit heißt nicht Bashing und Draufhauen, sondern es heißt: sinnvoll zusammenarbeiten!

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Das machen wir bayerischen GRÜNEN. Für uns ist Holz eine Quelle erneuerbarer Energien. Jeder Bauer ist auch ein Waldbauer. Für unser Bayernland brauchen wir das.

Und die ganzen anderen Punkte – ich muss jetzt leider aufhören, sonst hat meine Kollegin keine Redezeit mehr. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe und Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Liebe Frau Sengl, zum Ersten brauchen Sie keine Befürchtung zu haben: Der Kollege kann sowieso nicht mehr reden, weil die Zeit vorbei ist.

Gisela Sengl (GRÜNE): Da waren noch zehn Sekunden drauf.

(Tobias Reiß (CSU): Sieben!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zehn Sekunden, ja. Dann schauen wir mal. – Wir haben aber noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegin Gisela Sengl, ich bin auch einigermaßen enttäuscht. Ich habe heute übrigens schon Kontakt mit dem BDM gehabt und habe darauf hingewiesen: Ich halte es nicht für sinnvoll, wenn die sich an falsche Propheten anhängen, das zum ersten Thema.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Lachen des Abgeordneten Hans Urban (GRÜNE))

Aufgrund der knappen Zeit drei Punkte des Antrags. Zunächst: Es steht drin, Umsetzung der Düngeverordnung. – Dann verstehe ich aber nicht, wie man dann dieser angehängten Petition zustimmen kann.

Das Zweite: Es ist von den bayerischen GRÜNEN jetzt gefordert worden, bei Neubauten wieder Brennholz verwenden zu dürfen. – Da müsst ihr euch aber schon zuerst mal mit Berlin abstimmen; denn von dort kommen ganz andere Töne.

(Hans Urban (GRÜNE): Wir haben ja mit Berlin geredet!)

Das Dritte, eben ausgeführt: Die Weidehaltung – ich höre das sehr gern, wenn die GRÜNEN – –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit ist zu Ende, vielen Dank. – Frau Sengl, würden Sie bitte antworten?

(Lachen bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Gisela Sengl (GRÜNE): Also, ich höre jetzt einfach raus, dass du mir eigentlich in allen Punkten recht gibst. Das freut mich sehr. Ich finde es schade, wenn du beim BDM einen Keil reintreibst. Ich glaube, der BDM als Verband hat das Recht, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten. In diesem Punkt waren wir uns einig. Ich unterstütze auch absolut, was der BDM hier verlangt.

(Zuruf des Abgeordneten Uli Henkel (AfD))

Dass du ihm den Rat gibst, dass sie sich – – Also, da bin ich jetzt noch entsetzter. Also, Leo, tut mir leid. Handle doch im Sinne der Milchviehhalter und nicht im Sinne von irgendwelchen Ideologen!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ja! Ja, genau so!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Herr Ralf Stadler, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Kollegen! Ja, die bäuerliche Landwirtschaft ist in Gefahr, aber durch Nepper, Schlepper, Bauernfänger.

Der Antrag der FREIEN WÄHLER zeigt doch mal wieder, was diese Anhäufung von Nullingern nach viereinhalb Jahren Anbietung an die CSU in Wirklichkeit auf dem Kasten hat. Erst lehnen Sie alle unsere Anträge ab, und dann verkaufen Sie sie als eigene Kreationen, weil Sie selber einfach nicht draufkommen. Ja, sagt einmal, geht's noch? – In die Reihen der größten Kopierer nach Konrad Kujau, von und zu Gutenberg und Baerbock gesellt sich nun auch Hubert Aiwanger mit seinen Freien Quälern. In der Wirtschaft nennt man so was schlicht Produktpiraterie.

(Beifall bei der AfD)

Zum Beweis nenne ich mal ein paar unserer Anträge, die von euch abgelehnt wurden: Zurück zu den Kernzielen der GAP: Ausufernde EU-Agrarsubventionen an Nichtlandwirte beenden – Drucksache 18/28564. Ernährungssouveränität an erste Stelle rücken: Agrarpolitik neu ausrichten – Drucksache 18/28127. Fischotter in AAV aufnehmen – Drucksache 18/26071. Auswirkungen des Green Deal auf die bayerische Landwirtschaft – Drucksache 18/27068. Biogas für Bayern I: Zukünftige Rolle der Biomasseenergie und Anbindung an das Versorgungsnetz – Drucksache 18/25312.

Ja, selbstverständlich stimmen wir auch heute unseren Forderungen zu. Aber die Vorgehensweise der FREIEN WÄHLER kritisieren wir aufs Schärfste. Der Wähler entscheidet am 8. Oktober, ob Original oder Raubkopie. So schaut's aus.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Rednerin: Frau Annette Karl, SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wenn man sich diesen Antrag durchliest, dann fragt man sich: Wozu haben wir eigentlich noch ein Landwirtschaftsministerium hier in Bayern? – Der ganze

Antrag ist nichts als Gejammer in Richtung Berlin und ersatzweise gegen die EU. Damit lenkt er vor allen Dingen von den Herausforderungen ab, die wir in Bayern bei der Landwirtschaft haben, und von den Möglichkeiten, die es auf Länderebene und in Länderkompetenz gibt, um mit dem Thema umzugehen. Lassen Sie uns deshalb einfach einmal einen Blick auf die Herausforderungen werfen, die wir in der Landwirtschaft haben.

Wir haben einen deutlichen Einkommensrückgang bei den Haupterwerbsbetrieben. Allein von 2019 bis 2021 beträgt der Rückgang 13,9 %. Die Umsätze sind niedriger, die Futtermittelpreise höher. Es gibt eine deutliche Reduktion der Zahl der tierhaltenden Betriebe in Bayern. 1999 haben wir noch 68.000 Milchviehhalter gehabt, im Jahr 2021 sind es gerade noch 25.700. Schweinehalter hatten wir 1999 noch 43.859, jetzt sind es gerade noch 3.500. Außerdem, weil der bayerische Weg immer so gerühmt wird, bleibt anzumerken: Wir haben seit 78 Jahren – mit Ausnahme von drei Jahren – einen CSU-Agrarminister in Bayern. Auf Bundesebene waren es in den letzten 16 Jahren Agrarminister der Union.

Der Strukturwandel, den die Zahlen aufzeigen, führt auch dazu, dass die Fläche, die landwirtschaftlich genutzt wird, deutlich zurückgegangen ist, allein in den letzten Jahren um 10.500 Hektar. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe: Allein in den letzten beiden Jahren haben 1.570 Betriebe aufgegeben. Wachsen tun nur die richtig großen Betriebe. Das ist der Strukturwandel. Das ist das Ergebnis des bayerischen Weges in der Landwirtschaft.

Mit Ihrem Antrag lenken Sie jetzt aber wieder wunderbar ab. Sie regen sich auf über das Thema Holz beim Gebäudeenergiegesetz auf Bundesebene. Dabei wissen Sie ganz genau, dass dieses Gesetz noch gar nicht vorliegt. Das Gesetzgebungsverfahren steht noch ganz am Anfang. Wie bei vielen anderen Themen, bei denen Sie schon die Katastrophe haben heraufziehen sehen, kann ich Ihnen versichern: Am Ende dieses Prozesses wird ein vernünftiges Gesetz stehen, das natürlich auch die verschie-

denen Möglichkeiten des Heizens enthalten wird. Hier ist auf die SPD Verlass, und Sie können sich auf uns verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die bäuerlichen Familienbetriebe arbeiten an 365 Tagen im Jahr in den Ställen, auf den Feldern, in den Wäldern. Sie sichern damit – und dafür sei ihnen auch gedankt – eine qualitativ hochwertige Ernährung mit regionalen Produkten. Sie sind Garanten für Arbeitsplätze. Wir, die SPD, wollen dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen stimmen und dass wir auch weiterhin eine zukunftsfähige Landwirtschaft in Bayern haben. Da sind wir, denke ich, auch auf einem guten Weg.

Den Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU lehnen wir ab, weil er wieder nur das übliche Gejammer enthält. Dem Antrag der GRÜNEN stimmen wir zu.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Karl, bitte, wir haben noch eine Zwischenbemerkung.

Annette Karl (SPD): Die war aber nicht angezeigt.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die kam gerade noch rechtzeitig rein, ganz knapp.

Annette Karl (SPD): Von wem?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Raimund Swoboda. Bitte, Herr Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Abgeordnete, den Bauern geht es schlecht. Sie haben dafür auch Gründe angeführt, wenn auch nicht abschließend. Das erweckt aber den Eindruck, dass Sie glauben, diese europäisch gesteuerte Wirt-

schaft im freien Marktsystem wäre ungünstig. Würden Sie eine Rückkehr zur sozialistisch geprägten Planwirtschaft, etwa Modell DDR, vielleicht als Alternativmodell in Erwägung ziehen, oder würden Sie das auch ablehnen und etwas ganz Neues bringen?

Annette Karl (SPD): Die Bayern-SPD steht für den Erhalt der bäuerlich strukturierten Landwirtschaft in Bayern. Wir stehen – ich habe es vorhin gesagt – für eine auskömmliche Landwirtschaft für die Landwirte, die zukunftsorientiert ist. All das werden wir auch in Zukunft anstreben. Auf Bundesebene werden wir dafür sorgen, dass wir ein großes Augenmerk auf die Anliegen unserer bayerischen Landwirtschaft haben.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Nächster Redner: Christoph Skutella, FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist ein Rundumschlag. Alle Problembereiche, die wir in der Landwirtschaft haben, alles, was wir hier schon seit Jahren diskutieren, wird jetzt schnell und pragmatisch in einem Antrag gelöst. – Ich gratuliere dazu. Verantwortlich ist natürlich die Ampel, verantwortlich ist Brüssel. In Bayern dagegen funktioniert das alles wunderbar.

Jeder, der sich ernsthaft mit Agrarpolitik auseinandersetzt – und das habe ich in den letzten Jahren versucht –, weiß, dass die Dinge komplexer sind. Tut mir leid, lieber Nick, aber das nehme ich dir nicht ab, dass wir diesen Antrag hier als Lösungsansatz akzeptieren sollen. Ich hoffe, das verstehst du auch. Ich komme aber gleich zu den Forderungen.

Realistischer Umgang mit Prädatoren: Ja, das wünschen wir uns auch, keine Frage. Was die Bayerische Wolfsverordnung angeht – ich glaube, du hast sie als leichten Schritt zur Lösung bezeichnet –, so würde ich nicht sagen, dass das ein besonders mutiger Schritt ist. Wenn ich das "Landwirtschaftliche Wochenblatt" bemühen und Hu-

bert Aiwanger zitieren darf, so hat er am 21. April gesagt: Solange die EU-Kommission dem Drängen des EU-Parlaments nicht nachgibt und den Schutzstatus nicht überarbeitet, bewegt sich jeder eigenmächtige Vorstoß auf juristisch sehr dünnem Eis. – So die Worte eures Parteivorsitzenden und unseres Wirtschaftsministers. Dem kann man sich nur anschließen, aber man muss sich dann schon nach der Ernsthaftigkeit dieser Verordnung fragen. Das muss ich an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der FDP)

Ihr wisst um die Komplexität der Probleme. Die Sorgen der Weidetierhalter sind uns allen bewusst. Wir wollen ein vernünftiges Bestandsmanagement des Wolfes, das vor allem auch europarechtskonform umgesetzt wird. Das ist nämlich der Knackpunkt. Es ist eine Haltung, die wir sowohl im Bund als auch auf EU-Ebene vorantreiben. Der strenge Schutz des Wolfes ist auch mit dieser Verordnung bei illegaler Entnahme mit Strafe belegt. Deshalb muss man das Bestandsmanagement rechtssicher einführen. Die Wolfsverordnung ist rechtlich problematisch. Klagen sind schon da. Die Verordnung verlagert auch Entscheidungen über Abschussgenehmigungen auf die Landkreisebene. Sie lässt Jägerinnen und Jäger in Unsicherheit. Das halten wir nicht für den richtigen Weg. Ein Bestandsmanagement ist nur möglich, wenn die Wolfspopulation einen sogenannten guten Erhaltungszustand erreicht hat. Ob der vorliegt, wird regional bewertet. Es stellt sich also nicht die Frage, ob wir regional differenziert ein Bestandsmanagement des Wolfes benötigen, sondern vielmehr, wie wir dieses europarechtskonform ausgestalten können.

Beim Fischotter haben wir die gesamte Thematik auch schon gehabt. Das Fischotterprojekt ist, wenn ich daran erinnern darf, an einer Klage vom BUND Naturschutz gescheitert. Es liegt seitdem auf Eis.

Planungssicherheit beim Stallbau: Da gebe ich euch vollkommen recht. Das geht mir auch viel zu langsam. Hier müssen wir den Zielkonflikt zwischen tiergerechter Haltung und Emissionen lösen. Das ist eine Riesenaufgabe. Der Beschluss zur TA Luft wurde

leider auf Herbst vertagt. Das hätten wir als FDP gern schneller erledigt. Die Federführung bei der TA Luft haben aber die Umweltminister. Wir hoffen, dass sich die Umweltminister dem Beschluss der Agrarminister anschließen und dass dies im bundeseinheitlichen Vollzug des Immissionsschutzrechtes erreicht wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER, Sie wissen doch, wie das manchmal in Koalitionen ist: Jeder kämpft da auch ein Stück für sich.

Erhalt der Biomassenutzung zur Energieproduktion: Hier bin ich für die Worte von Gisela Sengl dankbar. Das geht auch in die richtige Richtung. Zumindest die bayerische Ampel ist da gut unterwegs. Wir haben auch schon früh interveniert. Ich glaube, dem können wir uns auch ohne Frage anschließen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Warum habt ihr das gemacht? Dann machen die das in Brüssel, und hier machen sie es nicht!)

Verbesserung der Marktstellung der Landwirtschaft gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel: Verbesserung der Marktstellung, das würde ich sofort unterschreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER. Aber wo ist denn der Plan? Wie soll das umgesetzt werden? – Das ist ein hehres Ziel, das würden, glaube ich, alle gern unterstützen, aber ich frage mich, wie das umgesetzt werden soll. Eine Anfrage von mir im Dezember an das Landwirtschaftsministerium hat ergeben – Zitat –: Faire Preise und Mindestpreise können von staatlicher Seite nicht vorgegeben werden. – Das ist keine Überraschung, aber das ist etwas, was man auch mal feststellen muss: dass die Einflussmöglichkeiten des Staates einfach begrenzt sind.

Zum Erhalt der Produktivität der Landwirtschaft hat die Kollegin Karl schon Zahlen genannt; es sind alles Zahlen, die schon vor der Ampel-Regierung in Berlin sichtbar waren. Deswegen kann man das jetzt auch nicht auf die Ampel abschieben.

Ich glaube, wir sollten unsere Hausaufgaben in Bayern machen, dafür sind wir auch hier. Ich würde bei allen Punkten ein Okay dahintersetzen, aber beim Wie ein großes

Fragezeichen. Deswegen werden wir uns sowohl zum Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU als auch zum Antrag der GRÜNEN enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner: Martin Schöffel, CSU-Fraktion.

(Hans Urban (GRÜNE): Jetzt! – Gisela Sengl (GRÜNE): Auf geht's!)

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Nikolaus Kraus hat unseren Antrag dankenswerterweise schon im Detail vorgestellt. Ich will zusammenfassend sagen: Der Antrag stellt dar, woran wir in den letzten Wochen und Monaten gearbeitet haben, was wir vorangebracht haben, aber auch, wo SPD, GRÜNE und FDP in Berlin der Land- und Forstwirtschaft üble Knüppel zwischen die Beine werfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe die Kollegin Sengl hier am Rednerpult zuletzt nicht mehr so aggressiv erlebt. Aber, Kollegin Sengl, dass Sie heute so aufgetreten sind, kann nur an Ihrem eigenen Dringlichkeitsantrag liegen; denn entweder haben Sie den nicht selber geschrieben und da ist ein Fehler passiert, oder Sie haben schon vorher gewusst, dass Sie sich hier in grober Weise lächerlich machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf nur mal das Thema der Holznutzung und Biomassenutzung im Neubau ansprechen. Da sagt die Kollegin Karl: Schauen wir erst mal, was da am Ende herauskommt. – Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen haben große Angst. Erstens geht es darum: Dürfen sie am Ende ihren Wald noch bewirtschaften? Und zweitens: Dürfen sie das Holz in ihrem eigenen Gebäude noch einschüren?

(Zuruf des Abgeordneten Hans Urban (GRÜNE))

Drittens geht es um die Frage: Haben sie am Ende noch eine andere Möglichkeit, eine Heizung zu erneuern, außer der Wärmepumpe? Wir wissen genau, wir haben zu wenige Wärmepumpen, wir haben zu wenige Handwerker und wir haben zu wenig Strom. Das ist doch alles völlig absurd, was hier insbesondere die GRÜNEN in Berlin von sich geben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Hans Urban (GRÜNE) und Gise-la Sengl (GRÜNE))

Sie sind ja zurzeit vor allem mit der Umbenennung Ihrer Partei beschäftigt. Es ist nur noch nicht klar, ob die Gruppierung demnächst "Bündnis 90/Die Graichen" heißt oder "Bündnis Graichen/Die Grünen".

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber jedenfalls ist klar, woher diese Idiotie kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist doch der größte Wahnsinn, den es überhaupt gibt in diesem Land, dass man die Holznutzung einschränken möchte, obwohl wir hier große Kalamitäten haben, wir den Wald umbauen wollen und wir neue Baumarten brauchen.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wer glaubt, dass man mit dem Aufgeben der Forstwirtschaft am Ende den Wald erhalten und das Klima schützen kann,

(Alexander König (CSU): Der muss bei den GRÜNEN sein!)

der glaubt auch, dass man mit der Kohlekraft das Klima schützen kann. So schaut es aus.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Genau so ist es, Martin! Sehr gut!)

Es muss doch mal Schluss sein mit diesem Wahnsinn in unserem Land! Deswegen ist es entscheidend und wichtig, dass wir hier bei der Biomassenutzung, bei der Holznutzung, bei der Biomasse hier entsprechend vorgehen.

Jetzt komme ich zum Antrag der GRÜNEN im Detail. Die Staatsregierung wird von Ihnen aufgefordert, die Belange der bayerischen Landwirtschaft sachlich und ideologiefrei zu vertreten. Da lachen ja die Hühner.

(Heiterkeit des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Ich habe das gerade beim Thema Holznutzung und der nachhaltigen Waldwirtschaft ausgeführt. Es sind die GRÜNEN, die hier mal dagegenhalten müssen, die in Berlin Dinge auf den Weg bringen entgegen jeder praktischen und wissenschaftlichen Vernunft. Sie müssen es machen!

(Alexander König (CSU): Grüne Ideologen!)

Wir tun in Bayern alles für eine Holzbauoffensive, für die verstärkte Nutzung der stofflichen Verwertung von Holz und auch für die Förderung von Biomasseheizungen. Sie machen das eben nicht.

Es geht weiter: Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Weidewirtschaft zu erhalten. Wer hat denn die Wolfsverordnung auf den Weg gebracht? – Das war die Bayerische Staatsregierung. Wer hat denn eine Weideprämie im KULAP stark ausgebaut und verdoppelt? – Das war die Bayerische Staatsregierung. Sie stellen sich hierhin, Kollegin Sengl, und sagen: Wir wollen die Weidewirtschaft erhalten, wir treten aber auch für den Wolf ein. Sie sagen, wir wollen, dass die Tiere mehr Außenklima haben, aber wir brauchen auch mehr Luftwäscher in den Schweineställen. – Das ist alles völlig absurd. Es gibt keine klaren Rahmenbedingungen für die Bäuerinnen und Bauern; sie wissen letzten Endes nicht, was auf sie zukommt. Deswegen sind die GRÜNEN die größte Gefahr auch für die Weidewirtschaft und die Landwirtschaft in den Alm- und Alpgebieten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Viel gefährlicher als der Wolf!)

Es geht weiter mit der Frage: Verursachergerechtigkeit in der Düngeverordnung durchzusetzen. – Liebe Staatsministerin Michaela Kaniber, in jeder AMK bringst du das Thema auf, hast schon im letzten Jahr Beschlüsse in der AMK durchgesetzt. Cem Özdemir wäre schon letztes Jahr verpflichtet gewesen, diese Dinge auf den Weg zu bringen, dass also Landwirte, die gewässerschonend wirtschaften, beispielsweise aus der Kulisse der roten Gebiete herausgenommen werden. Gemacht hat er nichts. Vielleicht hat es die Familie Graichen verhindert, aber wir warten dringend darauf, dass die Dinge jetzt mal umgesetzt werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Gisela Sengl (GRÜNE): Ihr habt zwanzig Jahre nichts gemacht an der Düngeverordnung!)

Wir lehnen die Politik der GRÜNEN völlig ab, und offenbar lehnen Sie die Politik der GRÜNEN in Berlin auch ab.

(Alexander König (CSU): Zumindest lachen sie darüber!)

Sie versuchen es ja gar nicht mehr, die eigene Bundesregierung zu überzeugen,

(Alexander König (CSU): Weil sie wissen, dass es hoffnungslos ist!)

sondern Sie setzen auf die Staatsregierung und stellen hier Anträge, dass es die Staatsregierung richten soll, was Ihre Leute in Berlin verbocken.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Wir vertreten bayerische Interessen in Berlin, was ihr gar nicht mehr könnt!)

Das ist natürlich nicht glaubhaft nach all dem, was wir hier von Ihnen schon gehört haben. Deswegen müssen wir den Antrag leider ablehnen.

Kümmern Sie sich um Ihre Punkte in Berlin! Ihr Schicksal ist: Die bayerischen GRÜNEN haben in Berlin nichts zu melden; sie leiden unter weltfremder und bayernfeindlicher Politik der Berliner Regierung offenbar genauso. Es gibt überhaupt keinen Grund, die Regierung in Bayern in andere als in diese bewährten Hände zu legen. Das beweist auch der Antrag der GRÜNEN, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir waren und wir sind ein Agrarland, heute auch Hightechland, aber das Herz Bayerns schlägt im ländlichen Raum, und die Seele Bayerns sind die Bäuerinnen und Bauern und die Forstwirte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Eine Zwischenbemerkung. – Frau Sengl, bitte.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich wollte nur das Stichwort Düngeverordnung aufgreifen. Dir ist schon klar, dass die frühere Landwirtschaftsministerin und die frühere CDU-Regierung die Düngeverordnung so lange ausgesetzt hat – ihr habt eigentlich nichts gemacht –, bis die Strafzahlungen fällig waren. Ich weiß nicht, ob du weißt, wie viel das gewesen wäre: 800.000 Euro pro Tag. Das haben wir eurer verfehlten Landwirtschaftspolitik in Bezug auf die Düngeverordnung zu verdanken!

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Eurer Blockade!)

Martin Schöffel (CSU): Liebe Kollegin Sengl, Änderungen in der Düngeverordnung, da haben wir jetzt schon die fünfte, da hat auch die Große Koalition schon viel auf den Weg gebracht.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Gar nichts! Ihr habt gar nichts auf den Weg gebracht!)

Das Entscheidende jetzt ist: Ihr habt der Verursachergerechtigkeit, die hier gefordert wird, einen schweren Schaden zugefügt, weil ihr das Modell der Stickstoffmodellierung komplett herausgekegelt habt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir hatten eine Möglichkeit, mit der wir die Düngung in den einzelnen Gebieten, die Bodenart, die Auswirkungen auf das Grundwasser, die Entzüge, die Abfuhr hätten berücksichtigen können. Jetzt haben wir wieder eine Situation, in der das Verursacherprinzip massiv ausgehöhlt wird. Es kommt auf einzelne Messstellen an, die heute die Wasserwirtschaft ausweist. Die haben dann ein Einzugsgebiet von 10 Hektar, und wir haben 15.000 Hektar rotes Gebiet. Das ist vor allem auf eure Politik und eure aktuellen Änderungen zurückzuführen. Hier mit 800 Millionen Euro Strafzahlungen zu drohen, ist doch völlig absurd.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Man darf den Leuten nicht Angst machen, sondern man muss für vernünftige, praxistaugliche Lösungen sorgen, und das tun wir.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Sehr gut! Jawohl! – Gisela Sengl (GRÜNE): Wahnsinn!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Rednerin: Frau Staatsministerin Michaela Kaniber, bitte.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Action!)

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): – Nein. Heute nicht. – Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nur sagen: Vergelts Gott für diesen Dringlichkeitsantrag; er beweist einmal mehr, dass wir einen Aufschrei erleben müssen, um uns im Bund und in Europa ganz klar zu positionieren, wo die Dinge fehlgeleitet werden. Dass sich die Ampel-Koalitionäre hier

im Hohen Haus verbünden, dafür habe ich natürlich Verständnis. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie eindringlichst: nicht ablenken von den Tatsachen! Reden wir mal tatsächlich über die aktuelle Politik und die Entgleisungen

(Zuruf von den GRÜNEN: Und Bayern!)

von manchen links-grünen Akteuren. Deswegen bin ich, ehrlich gesagt, etwas erschüttert.

Liebe Frau Karl, Sie haben heute sehr deutlich gesagt, es sei ein Gejammer in Richtung Berlin.

(Heiterkeit der Abgeordneten Annette Karl (SPD) – Benjamin Adjei (GRÜNE): Ihr jammert schon seit der Bundestagswahl!)

– Nein, wir jammern nicht, sondern wir beschreiben die Tatsachen. Ein Bundeskanzler, der in seiner Regierungserklärung die Landwirtschaft lediglich als Problem sieht, mit einem Satz nur beschreibt, aber keine Lösungen anbietet, keine Unterstützung für eine bäuerliche Struktur, ist nicht unser Bundeskanzler.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Gleiche gilt für Sie, liebe FDP. Herr Skutella, Sie wissen, dass ich Sie persönlich sehr schätze. Sie haben aber eigentlich überhaupt keinen Anspruch, sich in irgendeiner Form zur Landwirtschaft zu äußern. Wer die Bauernschaft mit allen drei wesentlichen Häusern – Klimaschutz, Landwirtschaft und Umweltschutz – an die GRÜNEN übergibt, sie also in die Hände der GRÜNEN legt, begeht einen Verrat und verkauft unsere Landwirte.

(Alexander König (CSU): Der ist verloren!)

Ich hoffe, dass draußen in der Fläche alle sehen, welche Versprechungen Sie gemacht haben, aber keine einzige davon eingehalten haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ja, es ist so: Die Europäische Union hat sich vergaloppiert. Tatsächlich ist es so, dass wir über die Ernährungssouveränität in Europa reden müssen. Ich nenne die stetig wachsende Weltbevölkerung und die stetig geringer werdenden Flächen. Denken Sie an die Ernteprognosen der letzten Jahre. Frankreich, Italien und Spanien haben kaum mehr Ertrag.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Reden Sie doch einmal über Ihre eigene Politik!)

Wir brauchen unsere Böden. Wir müssen die Entwicklung ganz klar in die Richtung lenken, die Ernährungssouveränität aufrechtzuerhalten.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Was sind Ihre Lösungen?)

Deswegen von uns eine klare Absage an die Wiederherstellungsverordnung, die völlig überzogen ist, und an eine mit einem Ordnungsrecht völlig überzogene Pflanzenschutzverordnung, die die Landwirtschaft massiv unter Druck setzt.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Wie wollen es denn Sie machen?)

– Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht.

Ich bin dankbar, dass sich jetzt die EVP-Fraktion dazu durchgerungen hat, ein ganz klares Auflagenmoratorium zu fordern; denn das, was aus Brüssel und vor allem aus Berlin kommt, hält der stärkste Bauer nicht mehr aus. Deswegen brauchen wir das aus Bayern heraus. Wir legen das auch immer wieder in Ihre Hände.

Sie fragen nach, was die Bundesregierung in den letzten Jahren getan hat.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Was Sie getan haben, haben wir gefragt! Sie im Land, nicht die Bundesregierung!)

– Hören Sie einfach einmal zu. Was haben wir denn auch auf Bundesebene getan? Wir hatten den Umbau der Nutztierhaltung anhand der Beschlüsse der Borchert-Kom-

mission ganz klar positioniert. Sie hätten diese Vorschläge nur übernehmen müssen. Das wollten Sie aber gar nicht, weil die neue Bundesregierung nämlich ganz dezidiert den Abbau der Nutztierhaltung haben will, nicht mehr den Umbau. Man spricht ganz offen über ein Minus von 50 % in der Nutztierhaltung. Was würde das für unsere Kulturlandschaft, für unseren Tourismus, für unsere landwirtschaftlichen Betriebe bedeuten! Sie sind daran interessiert, dass sich die Hoftore der landwirtschaftlichen Betriebe schließen. Sie reden immer von der Kleinstrukturiertheit, spielen aber genau den Großbetrieben in die Hände. So kann es nicht sein!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben das am letzten Freitag gesehen; die Sonderagrarministerkonferenz hat es wieder einmal gezeigt: kein Gesamtkonzept für die Nutztierhaltung, keine ordentliche, ausreichende Finanzierung und vor allem keine Herkunftskennzeichnung. Ich kann mich noch erinnern, wie Herr Hartmann mit mir bei "Jetzt red i" war und gesagt hat:

(Gisela Sengl (GRÜNE): Da wäre ich ganz stad!)

Wir GRÜNE werden das schaffen; in einem Jahr haben wir die Herkunftskennzeichnung. – Mit Verlaub: Auch das ist nicht passiert.

Immer wieder kommt der Vorwurf, die vorherige Bundesregierung hätte nichts dafür gemacht. Das lenkt in der Tat von den Fakten ab. Fakt ist doch vielmehr, dass die Vorschläge aus dem CSU- und CDU-geführten BMEL entweder schon vom SPD-geführten BMU blockiert wurden oder spätestens im Bundestag die freiwillige Haltungskennzeichnung, die die Bundesministerin vorgeschlagen hat, von der SPD-Fraktion abgelehnt wurde. Solcherlei irreführende Behauptungen machen wir nicht mit. Das würde im Übrigen auch dem Anspruch der bayerischen Landwirtschaft nicht gerecht werden.

Der Realität blicken wir doch knallhart ins Auge, wenn wir über die Berliner grüne Blase reden. Sie schreiben einen Antrag, liebe Kollegin Sengl. Als ich diesen Nachzie-

her heute gesehen habe, habe ich dreimal gefragt, ob das ein Fake mit Ihrem Parteilogo ist. Unfassbar! Sie fordern eine ideologiefreie Landwirtschaftspolitik ein.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Lächerlich! – Alexander König (CSU): Grüne Ideologie?)

Ich habe es nicht glauben können, was ich da heute mit meinen Augen gesehen habe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können uns auf diese Bundesregierung nicht verlassen.

(Alexander König (CSU): Da sind wir verlassen!)

Die Ernährungssouveränität, aber vor allem die Rohstoffe in unserem Land brauchen wir dringend. Es entsteht wirklich der Anschein, dass wir dringend Verbündete brauchen, auch innerhalb Europas. Warum spricht Bayern mit einem Bundesminister Totschnig aus Österreich? – Wir schreiben mit Österreich Programme, melden uns in Brüssel an, um unsere Punkte durchzubringen. Wir in Bayern handeln – die Ampel schaut regelrecht zu. Mit Verlaub: Wir haben einen Bundesminister, der, ehrlich gesagt, gar nichts auf die Reihe bringt, der ein Stück weit viel zu viel Außenminister, Drogenbeauftragter und Migrationsbeauftragter ist. Schauen Sie bitte einmal, wo er ist und wo er sich tatsächlich für seine Landwirtschaft einsetzt.

Ich bin sichtlich überrascht, liebe grüne Kollegen. Ich kann nur sagen: Alles, was Sie heute in diesem Antrag geschrieben haben, ist maximal konträr zur Bundesregierung. Ich würde mir wünschen, dass Sie in Berlin Gehör finden. Setzen Sie sich ein! Reden Sie nicht nur! Machen Sie etwas für die Landwirtschaft!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Jürgen Mistol (GRÜNE): Sie haben überhaupt keinen Einfluss!)

Zu den großen Prädatoren möchte ich ausdrücklich sagen: Noch vor einiger Zeit haben wir uns in verschiedenen Sendungen und vor allem im Ausschuss darüber un-

terhalten, dass wir in Bayern unbedingt den Zaunbau fördern müssen. Dort, wo Herdenschutz nötig ist, wird er natürlich auch unterstützt. Aber machen wir uns doch einmal völlig frei.

Ich habe es, ehrlich gesagt, auch satt, ständig von Naturschutzverbänden, aber auch von Ihnen beschimpft zu werden. Auf der einen Seite brauchen wir Biotopverbünde und die Vernetzung der grünen Landschaft, damit Artenvielfalt entstehen kann, damit sich die Wildtiere ausbreiten können, auf der anderen Seite zäunen wir ganz Bayern mit sage und schreibe 57.405 Kilometer Zaun

(Beifall bei der CSU)

mit Kosten von über einer halben Milliarde Euro ein. Der NABU Deutschland hat auf einer Großveranstaltung, weil Özdemir und Lemke nicht da waren, gesagt, dass es halt so ist, dass man das eben hinnehmen muss; wenn heute große Beutegreifer zurückkommen, wollen wir die maximale Populationsgröße und einen sehr guten Erhaltungszustand erreichen. Das ist ein Wahnsinnswort. Was bedeutet das aber auf der anderen Seite? – Der NABU hat das auch sehr deutlich beschrieben: Es ist eins zu eins die Meinung der Bundesministerin Lemke, dass dann tatsächlich mit ein paar Schafen kompensiert werden soll.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dann gibt es keine Schafhalter mehr!)

Diese Eindimensionalität des Tierwohles, des Tierschutzes, tragen wir auf keinen Fall mit. Deshalb sagen wir: Mit der Bayerischen Wolfsverordnung und einer Prädatorenverordnung gehen wir eigene Wege. Wenn man von Berlin und Brüssel verlassen wird, muss man selbst handeln.

Zum Abschluss möchte ich noch etwas sagen, was mir ganz, ganz wichtig ist. Vorhin sind in den Reden einige Punkte genannt worden. Der Vorwurf des Wahlkampfs ist schon fast unverschämt. Schauen Sie sich bitte einmal den Facebook-Account von Ludwig Hartmann an. Auf einmal isst er Weißwürste; auf einmal spricht er sich für die

Kombihaltung aus. Sie beschimpfen unseren Ministerpräsidenten, er würde seine Meinung ändern. Es ist phänomenal, wie schnell die GRÜNEN aktuell ihre Meinung ändern. – Einfach mal nachschauen

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

und dann vielleicht auch mal den Mund halten.

Ich bin stolz auf Bayerns Bauern. Wir werden alles dafür tun, Rückenwind zu geben. Wenn aus Berlin Gegenwind kommt, gibt Bayern Rückenwind in jederlei Hinsicht, zum Beispiel beim Umweltschutz. Wir schaffen den Ausgleich zwischen Ernährungssicherheit und der Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe. Das ist uns ganz, ganz wichtig.

Denken wir bitte daran: Bayern wäre ohne Bauern nichts wert. Das Gesicht Bayerns würde knallhart verändert werden. Wir haben wunderbar gehört: Die Landwirtschaft ist natürlich die Herzkammer und damit auch das Herz und die Seele. Deswegen gilt ihr der maximale Schutz durch die einzig wahre Bauernpartei, nämlich der unseren, sowie natürlich der Koalition. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Eine Zwischenbemerkung. – Michaela, bitte hierbleiben. Herr Kollege Plenk hat eine Frage.

Markus Plenk (fraktionslos): Frau Kaniber, Frau Sengl wünscht sich eine ideologiefreie Agrarpolitik. Das wünsche ich mir auch. Ich wünsche mir darüber hinaus auch eine heucheleifreie Agrarpolitik. Diese kann ich bei der CSU leider nicht erkennen.

Ich habe die Frage schon einmal gestellt; ich stelle sie heute bewusst noch einmal. Viele Weidetierhalter in Bayern haben im alten Jahr Anträge für Herdenschutzzone gestellt und im neuen Jahr Ablehnungsbescheide bekommen, weil die Wolfskulisse vom Ministerium über den Jahreswechsel geändert wurde. Jetzt noch einmal meine

Frage: Was wollen Sie daran ändern? Es kann ja nicht sein, dass es eine Wolfskulisse ist, wenn irgendwo ein Wolf gesichtet wird, und wenn eine Zeit lang keiner da war, dann ist es keine. Irgendwo brauchen die Bauern ja auch Planungssicherheit.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Es ist natürlich völlig richtig, dass wir schauen müssen, wo der Wolf auftritt; da tritt natürlich der Herdenschutz ein. Wir haben beides gemacht: Wir haben großflächig ausgewiesen. Aktuell gelten tatsächlich 95 % gerade in der Alpenregion als nicht schützbar. Es ist halt so: Wenn gerade in der Kontinentalen über einen längeren Zeitraum kein Wolf mehr gesichtet wird, fällt das halt raus. Wir sind jetzt aber aktuell dran, uns das noch einmal anzuschauen, weil wir sehen, dass die Population so rasant zunimmt. Dass wir dann diese Kulissen natürlich festschreiben werden, ist, glaube ich, selbstverständlich.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion "Bäuerliche Landwirtschaft in Gefahr – Zukunft der bayerischen Landwirtschaft sichern" auf Drucksache 18/28908 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, CSU, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Plenk und Swoboda. Wer Enthält sich? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/28979, "Mit einer starken bäuerlichen Landwirtschaft in eine gute Zukunft", seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der fraktionslose Abgeordnete Klingen. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU, AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayer-

bach, Swoboda und Plenk. Wer enthält sich? – Die Fraktion der FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich gebe nun das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Für die Sicherheit unserer Kinder: Schwimmbäder in Bayern nicht sterben lassen" auf Drucksache 18/28907 bekannt. Mit Ja haben 43 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 77 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen: 20. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)